

1. **Investivlöhne oder ein neuerlicher Anlauf zur Quadratur des Kreises**

Die Bundespolitik richtet ihre Energie derzeit auf die Einrichtung von steuerlich begünstigten Modellen der Mitarbeiterbeteiligung. Obwohl die Grundintention hinter den inzwischen vorgelegten Modellen einer „Kapitalpartnerschaft“ (CDU/CSU) oder eines „Deutschlandfonds“ (SPD) leicht nachvollziehbar ist, zeigt schon eine einfache ökonomische Analyse, dass die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Implementierung gering ist. Nicht zuletzt schneiden die Vorschläge hinsichtlich des Rendite-Risiko-Profiles gegenüber modernen Investmentfondsprodukten schwach ab. Während die Intention der Regierungsparteien mit ihren Vorschlägen zu Investivlöhnen zwar verständlich und lobenswert ist, erschließt sich die Logik der praktischen Umsetzung nicht. Man mag der Politik zu Gute halten, dass sie es hier auch ökonomisch wohl auch eher mit einer Quadratur des Kreises zu tun hat. Denn viel zu sehr stehen sich hier unterschiedliche Grunderwägungen konträr gegenüber. Skeptisch muss allerdings stimmen, dass hier auf der einen Seite mit beträchtlichen Geldbeträgen von bis zu 1 Mrd. Euro eigentlich anlagetechnischer Unsinn gefördert werden soll.

Quelle: [FTD](#)

2. **Stern: Rente vom Chef**

Wenn es um die spätere Rente geht, dann vergessen viele Arbeitnehmer ein Angebot direkt unter ihrer Nase: die betriebliche Altersvorsorge durch den Arbeitgeber. Eine recht unbekannte, aber mögliche Variante ist die Pensionskasse.

Quelle: [Stern](#)

Dazu passt:

ZDF-Frontal21: Gekaufte Beiträge - PR als Information

Anmoderation Theo Koll: "Bei den großen Fernsehsendern wird - vollkommen zu Recht - äußerst kritisch und berechtigt hingeschaut, ob es Schleichwerbung gibt und wie es um die journalistische Unabhängigkeit steht. Unterhalb des Radarschirms der öffentlichen Aufmerksamkeit aber senden viele kleine regionale kommerzielle Fernsehstationen und vor allem mehrere hundert Radiosender, die immerhin täglich von der halben Nation gehört werden. Und da tut sich Erstaunliches: Da werden immer häufiger Beiträge gesendet, die von Firmen angeboten wurden, mit abhängigen Experten, die bestimmte Produkte empfehlen, alles eingespeist durch PR-Agenturen und als Journalismus getarnt. Die Beiträge sind kostenlos und entlasten die oft unterbesetzten Redaktionen. Der Hörer sucht Information und findet versteckte Werbung."

Quelle 1: [ZDF-Frontal21 \(Sendeprotokoll\) \[PDF - 48 KB\]](#)

Quelle 2: [ZDF-Frontal21 \(Video\)](#)

Anmerkung Martin Betzwieser: Na ja, so ganz stimmt das alles nicht mit der Schleichwerbung und der journalistischen Unabhängigkeit bei den großen Fernsehsendern. Beim Öffentlich-rechtlichen Fernsehen heißt es dann nicht Schleichwerbung, verdient aber die Bezeichnung Kampagnen-Journalismus. Wer erinnert sich nicht an die Demographie-Wochen im ZDF? Am Rahmenprogramm von "2030 - Aufstand der Alten", der Dauerwerbesendung für private Altersvorsorge, war auch die Redaktion von Frontal21 beteiligt. Und selbst in dieser Sendung gab es unmittelbar vor diesem Beitrag eine Reportage über Demenstranke, in der als einziger "Experte" Bert Rürup zu Finanzierungsaspekten zu Wort kam: "Daher fordern Experten wie Professor Bert Rürup eine zusätzliche eigene Vorsorge, ähnlich wie bei der Rente".

Quelle: [ZDF-Frontal21](#)

3. Neues aus dem Casino

- **Immobilienkrise lässt Dollar taumeln**

Euro steigt auf Rekordhoch. Hedge-Fonds verlieren Milliarden

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

- **Banken bleiben auf Risiken sitzen**

Wegen der wachsenden Risikoscheu an den Finanzmärkten laufen mehrere internationale Großbanken Gefahr, auf Krediten in Milliardenhöhe sitzen zu bleiben. Schuld ist die Hypothekenkrise in den USA.

Quelle: [FTD](#)

- **Private Equity - Gebremste Gier**

Die Olympischen Spiele der Private-Equity-Branche sind zu Ende: Es geht einfach nicht mehr höher, schneller, weiter. Stattdessen macht unter den Teilnehmern die bange Frage die Runde: Ist das eigentlich gesund?

Wenn mehrere große Fonds kollabieren, dürfte das weniger leicht zu verkraften sein. Dann sind jene Banken in Gefahr, die noch Forderungen in den Büchern stehen haben, weil es ihnen nicht gelungen ist, Kredite am Markt zu platzieren.

Quelle: [FTD](#)

- **Bear Stearns Tells Fund Investors 'No Value Left'**

Die fünftgrößte Investmentbank der USA, Bear Stearns, räumt ein finanzielles Waterloo ein: Zwei Hedgefonds, die noch vor Monaten auf 1,5 Milliarden Dollar

taxiert wurden, seien nun “praktisch wertlos”, heißt es in einem Brief an die Investoren.

Quelle: [Bloomberg](#)

Anmerkung W. Ebeling: Eine “Wasserscheide” ist es wirklich. Jetzt musste Bear Stearns zugeben, dass durch die Kursverluste der CDOs in diesem Fond (das waren AAA-Papiere !!!) und durch den Kredithebel für die Investoren nichts mehr übrig bleibt. Die 5% am offenen Markt vor einigen Wochen waren noch optimistisch. Das wird alle “institutionellen” Hedge-Fond-Investoren jetzt gehörig verunsichern. Wie viele solche Fond-Leichen gibt es noch?

◦ **Dem US-Dollar tut das sichtbar nicht gut:**

Bloomberg: Dollar Slumps to Record Low Versus Euro on Bear Stearns Losses

Quelle: [Bloomberg](#)

Anmerkung W. Ebeling: Als Resultat hat er heute bereits einen Tiefstand von 80.09 erreicht.

Was passiert, wenn die wirklich schweren “Hämmer” in den Meldungen kommen, wie Banken-Zusammenbrüche? Unter 80 ist “Terra Incognita”, also Absturz-Gebiet.

Übrigens, der Iran verlangt jetzt auch von den Japanern Bezahlung für Öl in Yen, nicht mehr US-Dollar.

4. **Schuldenfreies Düsseldorf**

Allerdings bleibt die Frage zu beantworten: Wie konnte das gelingen – und, was hat Düsseldorf, was haben die Düsseldorfer Bürger nun davon?

Schuldenabbau, so heißt es, entlastet die zukünftigen Generationen um die Zinslasten. Bei knapp einer Milliarde Schulden, die um das Jahr 2001 den Düsseldorfer Stadtkämmerer drückten, sind das, bei einem durchschnittlichen Zinssatz von – hoch gegriffen – 6,0 % p.a., jährlich rund 60 Millionen Euro, die im Haushalt frei werden, um damit Besseres anzufangen, als Zinsen zu zahlen.

Was hat Düsseldorf gewonnen? Nichts, sagt Egon W. Kreutzer.

Quelle: [Egon W. Kreutzer](#)

5. **In Kliniken droht der Pflegenotstand**

Durch den rapiden Abbau von Pflegekräften wächst die Gefahr von Missständen in den Krankenhäusern. “Die Rationierung der Pflege in den Kliniken ist in vollem Gange und die Folgen werden spürbar”, sagte der Direktor des Deutschen Instituts für

angewandte Pflegeforschung (DIP), Frank Weidner, gestern bei der Vorstellung einer Studie in Berlin.

Quelle 1: [Berliner Zeitung](#)

Quelle 2: www.dip-home.de

Anmerkung Orlando Pascheit: *Nach der Zweiklassenmedizin folgt die Rationierung der Pflege und dann die Rationierung der Therapie, wie dies in England bereits geschieht.*

Das National Institute for Health and Clinical Excellence (NICE) trifft seine Entscheidungen zur Kostenübernahme durch das staatliche Gesundheitssystem, indem es die Kosten-Wirksamkeit einer Therapie oder einer Arznei beurteilt. Dabei werden gewonnene Lebensjahre durch eine medizinische Intervention und die dadurch erreichte Verbesserung der Lebensqualität mit dem Preis dieser Behandlung abgeglichen. Die Grenze der Kostenwirksamkeit liegt zwischen 30 000 bis 45 000 Euro pro gewonnenes Lebensjahr.

6. **1. Quartal 2007: Gesetzliche Sozial-versicherung mit 3,4 Milliarden Euro im Defizit**

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, errechnet sich für die gesetzliche Sozialversicherung – sie umfasst die gesetzliche Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Bundesagentur für Arbeit – im ersten Quartal 2007 in der Abgrenzung der Finanzstatistik ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 3,4 Milliarden Euro.

Während die Ausgaben in den ersten drei Monaten 2007 mit 115,9 Milliarden Euro geringfügig (– 0,5%) unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals blieben, gingen die Einnahmen deutlich um 6,0% auf 112,5 Milliarden Euro zurück. Ursächlich dafür war die zu Jahresbeginn 2006 eingeführte Änderung des Beitragseinzugsverfahrens. Sie führte dazu, dass einmalig ein zusätzlicher Monatsbeitrag zu verbuchen und daher eine außerordentliche Erhöhung der Einnahmen zu verzeichnen war.

Quelle: [Statistisches Bundesamt](#)

Anmerkung: *Noch im Mai wurde über Überschüsse bei der Rentenversicherung [berichtet](#). Wenn jetzt die Rentenkassen wieder weniger einnehmen als im vorigen Jahr, dann kann das, da es ja angeblich einen Anstieg an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gibt, eigentlich nur daran liegen, dass dieser Anstieg nicht dazu geführt hat, dass auch die Beitragseinnahmen sprudeln. Wie sollten sie auch, wenn die Erfolgsmeldungen über den Abbau der*

Arbeitslosigkeit vor allem auf die Zunahme von Billigjobs oder Arbeitsgelegenheiten beruhen, die natürlich wenig Geld in die Rentenkassen bringen:

700.000 Jahresbeiträgen zur Rentenversicherung von Arbeitslosengeld-Empfänger/innen

5.100.000 Jahresbeiträgen zur Rentenversicherung von Alg II-Empfänger/innen

Quelle: [Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe \[PDF - 156 KB\]](#)

7. Auch Merkel will Online-Durchsuchungen

In der Debatte über die innere Sicherheit hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel hinter Innenminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) gestellt. Ein Innenminister müsse sich mit den „qualitativ neuen Bedrohungen“ durch den internationalen Terrorismus auseinandersetzen, sagte Frau Merkel am Mittwoch in Berlin. Sie erteile dabei keine Denkverbote.

Quelle: [FAZ Net](#)

Anmerkung: Nur damit nicht der Eindruck entsteht, allein Schäuble sei ein Gefährder.

8. Deutsche Umwelthilfe zum Pannenmeiler Brunsbüttel

Das Atomkraftwerk Brunsbüttel wird trotz massiver interner Zweifel an seiner Sicherheit seit Jahren am Netz gehalten. Eine so genannte periodische Sicherheitsanalyse (PSÜ), die eigentlich nach zwei Jahren in 2003 hätte abgeschlossen sein sollen, dauert bereits mehr als sechs Jahre. Die geheim gehaltene Mängelliste, deren Veröffentlichung Vattenfall nach langer juristischer Blockade seit gestern nicht mehr im Wege stehen will, betrifft nach einer der Deutschen Umwelthilfe vorliegenden Expertenanalyse praktisch alle Kernbereiche der Reaktorsicherheit. Besonders kritisch sind nicht erbrachte Bruchsicherheitsnachweise im Rohrsystem, Werkstoffprobleme, Mängel in der Elektro- und Leittechnik, sowie die Verwundbarkeit gegen Terroranschläge. Insgesamt zählten die Sicherheitsexperten zum Stichtag 21. Juni 2006 rund 650 offene Punkte – von denen sich 165 als besonders prekär erwiesen. Sie gehören zur so genannten Kategorie 2 („Nachweisdefizit, das kurzfristig zu beseitigen ist“).

Quelle: [Deutsche Umwelthilfe](#)

9. Nach Informationen des SWR-Hörfunks ist die millionenteure Einführung

betriebswirtschaftlicher Methoden in der baden-württembergischen Verwaltung gescheitert

Zu diesem vernichtenden Ergebnis kommt ein Gutachten von sechs namhaften Professoren. 300 Mio. Euro hat Baden-Württemberg seit 1999 in das Prestigeprojekt Neue Steuerungsinstrumente (NSI) gesteckt. Die 1200 Dienststellen mit ihren 110.000 Beschäftigten sollten effizienter und vor allem sparsamer haushalten. Das Vorbild waren Methoden aus der freien Wirtschaft. „Die Reform ist tot“, so ein Professor gegenüber dem SWR.

Quelle: [SWR](#)

10. Allensbach-Analyse: Der Zauberklang des Sozialismus

„Kürzlich sagte uns jemand: ‚Ich frage mich, was das für eine Freiheit sein soll, in der Millionen arbeitslos sind, immer mehr Leute von Sozialhilfe leben müssen und die Großindustrie Rekordgewinne macht. Auf so eine Freiheit kann ich verzichten.‘

Würden Sie das auch sagen, empfinden Sie das auch so, oder würden Sie das nicht sagen?“ „Das sehe ich auch so“, sagen im Juli 2007 62 Prozent der Befragten.

„Wie ist Ihr Eindruck: Entfernt sich die SPD-Führung zunehmend von den politischen Zielen und Vorstellungen der meisten SPD-Anhänger, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?“ Es ist nicht verwunderlich, dass die Anhänger konkurrierender Parteien mehrheitlich der Ansicht sind, die SPD-Führung entferne sich von ihren Wählern. Dass aber auch eine relative Mehrheit von 37 Prozent der SPD-Anhänger dieser Aussage zustimmt, zeigt, wie sehr die Anhängerschaft der Sozialdemokraten zwischen den Verheißungen der Linkspartei und der Neigung zur Parteitreue hin- und hergerissen ist. Dazu passt auch, dass 40 Prozent der SPD-Anhänger der Aussage zustimmen: „Ich finde, dass die SPD ihre linke Herkunft verraten hat. Sie ist nicht mehr die Partei der kleinen Leute und der Arbeiter, die sie mal war, sondern kümmert sich nur noch um die Interessen der Wirtschaft.“

Quelle: [FAZ.Net](#)

Anmerkung: Über diese Umfrageergebnisse staunt vermutlich nicht nur die FAZ. Nun muss man bei Allensbach-Umfragen vorsichtig sein, bei den Auguren vom Bodensee geht es eigentlich immer nur um die Stärkung des konservativen Lagers. Vermutlich liefert diese Umfrage nur den Stoff für eine „Rote Socken-Kampagne“ der CDU. Sozialdemokraten sollten aber daraus die Erkenntnis ziehen, dass ihr derzeitiger Umgang mit der Linkspartei alles andere als erfolgreich sein kann. Ob sie will oder nicht, sie wird was ihre Mitglieder und ihre Wählerschaft anbetrifft, unter „Verdacht“ gestellt. Wenn sie überhaupt noch eine Chance haben will, dann müsste sie durch ihre Politik deutlich machen, dass sie zumindest auch die Partei der „kleinen Leute“ ist.

Dazu passt:

Nur 30 Prozent der SPD-Wähler wünschen sich Kurt Beck als Kanzler, 40 Prozent ziehen Merkel vor

Quelle: [FTD](#)

Anmerkung: *Die einen gehen nicht mehr hin, die anderen wählen lieber gleich das Original statt einer Kopie.*

11. Sind Berlin und Weimar vergleichbar? Was die SPD aus ihrer Geschichte lernen sollte - eine Erwiderung auf Hans-Ulrich Wehler von Arne Heise

Die SPD tut gut daran, sich offensiv mit der Linkspartei auseinanderzusetzen. Die potentielle Wählerwanderung zwischen SPD und Linkspartei ist viel größer als zwischen SPD und CDU - dies liegt einfach daran, dass SPD und Linkspartei aus dem gleichen Wählerlager schöpfen, während SPD und CDU sehr unterschiedliche Wählerlager ansprechen, die nur geringe Wander- bzw. Wechselwähler verbinden. Vor diesem Hintergrund erscheint einerseits eine Fortführung der ‚Politik der Neuen Mitte‘ - womöglich durch den Druck der Linkspartei gar noch verschärft - als wenig erfolgversprechend. Vielmehr sollte die SPD ihre Positionierung anhand der Achse ‚Solidarität, Gerechtigkeit, Intervention zur Korrektur von Marktversagen‘ deutlich schärfen, dann wird sie auch ihr angestammtes Wählerlager wieder besser ausschöpfen können, von denen viele bereits zur Linkspartei abgewandert sind, viele aber auch noch in Loyalität, aber Wahlabstinenz (Nicht-Wähler) verharren.

Quelle: [Hochschule für Wirtschaft und Politik \[PDF - 60 KB\]](#)

Anmerkung: *Wir hatten schon früher den [Aufsatz von Wehler kritisiert](#).*

12. Zum IQ-Test bitte...

Neben anderen „Hochbegabten“ stellt die Universität Freiburg nun auch Studierende, die einen Intelligenzquotienten von über 130 nachweisen können, von den Studiengebühren frei. Gefördert und unterstützt werden dieser Logik folgend nun jene, die es von Psychologen attestiert eigentlich am wenigsten nötig haben.

Quelle: [Telepolis](#)

13. Ein Platz in der Efeuliga

Sorgfältig pflegen Harvard & Co. den Mythos, dass bei ihnen die Klügsten studieren. In Wahrheit sind es vor allem die Reichsten. In seinem letztes Jahr in den USA erschienenen Enthüllungsbuch „The Price of Admission: How America’s Ruling Class Buys its Way into Elite Colleges“ zeigt der Pulitzer-Preisträger Daniel Golden, dass

sich selbst für unterdurchschnittlich begabte Elitekinder ein Platz in der Efeuliga erkaufen lässt.

Quelle: [manager-magazin](#)

14. **Skandal um Londoner Untergrundbahn**

In London ist am Mittwoch das britische Paradebeispiel für eine öffentlich-private Zusammenarbeit, Public Private Partnership (PPP), genannt, gescheitert. Der Sanierer für die Londoner Untergrundbahn, Metronet, meldete Insolvenz an. Das Firmenkonsortium, das neun von zwölf maroden U-Bahn-Linien auf neuesten technischen Stand bringen sollte, bestellte einen Insolvenzverwalter, um seine Schulden umzustrukturieren.

Quelle: [FAZ Net](#)

15. **“Netzeitung” vor radikalem Kurswechsel**

Neu-Eigentümer David Montgomery lässt seine Geschäftsführer den Extrem-Umbau der Berliner “Netzeitung” planen: weniger Tageszeitung im Internet, mehr Service und Sonderwerbformen. Nach sieben Jahre droht dem Traditionsmedium in seiner Ur-Form das Aus. Drei kleine Wölkchen auf weißen Grund. So stellen die neuen Geschäftsführer der “Netzeitung” ihre Ideen für die Zukunft des Traditionsmediums dar. Über der Wolke links steht “Net-News”, über der mittleren “Net-Magazin” und ganz rechts “Net-Formate”. Bislang hatte die “Netzeitung” statt Wolken Ressorts: Wirtschaft, Sport, Feuilleton – wie eine klassische Tageszeitung eben.

Konkret: Bewegtbilder, Kommentarfunktionen und Verlinkungen zu externen Quellen. Das alles steht unter der Wolke “Net-News”. Eine interessante Anmerkung auf dem Wolken-Diagramm, das SPIEGEL ONLINE vorliegt: “Vor allem in Bereichen Entertainment, Media, Vermischtes, Sport etc..” Konkret: Bewegtbilder, Kommentarfunktionen und Verlinkungen zu externen Quellen. Das alles steht unter der Wolke “Net-News”. Eine interessante Anmerkung auf dem Wolken-Diagramm, das SPIEGEL ONLINE vorliegt: “Vor allem in Bereichen Entertainment, Media, Vermischtes, Sport etc..”

Die anderen Wolken erklärt Heller so: Das Net-Magazin solle “Geschichten mit einer längeren Haltbarkeit” bieten. Konkret: “Tiefer recherchierte Artikel und Artikelserien, zum Teil gespeist auch aus Kooperationen.” So etwas wie ein Hintergrund-Ressort. Die dritte Wolke “Net-Formate” klingt nach den Verlagsbeilagen, die man aus Tageszeitungen kennt: Redaktionell umhüllte Werbung zu bestimmten Themen – “eher commercial-lastige Specials mit zahlenden Kooperationspartnern”, sagt Heller.

Quelle: [Spiegel](#)

Anmerkung: Da lesen Sie doch am besten gleich die NachDenkseiten. Bei uns besteht nicht die Gefahr, dass ein Investor vor der Tür steht. Wir machen das lieber

ehreamtlich.

(Auch wenn es uns finanziell nicht gerade glänzend geht.)

Schließlich gibt es Schlimmeres. Z.B.:

Hausdurchsuchung der Redaktion und des Vorstandes von LabourNet.de

Quelle: LabourNet.de